

TAGESBERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN ZWISCHEN MUSSOLINI, SCHUSCHNIGG, BERGER-WALDENEGG, GÖMBÖS UND KÁNYA

Rom, 21. März 1936

Mussolini leitete die Unterredung damit ein, daß er nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer weiteren Vertiefung der so sehr bewährten Zusammenarbeit der drei Staaten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet hinweist. Er bringt die Anschauung zum Ausdruck, die zwischen den drei Staaten bestehende Freundschaft müsse nach und nach zu einem Bündnis ausgebaut werden, dem vielleicht eine Zollunion vorausgehen könnte. Er hob besonders hervor, daß die auf diese Weise in einem Lager vereinten 60 Millionen Menschen einen sowohl politisch wie wirtschaftlich ansehnlichen Einfluß auf die europäische Entwicklung ausüben könnten. Von dieser Idee geleitet, schlug er uns die Entwicklung der italienisch-österreichisch-ungarischen Freundschaft zu einer Entente vor.

Nach Mussolini sprach Ministerpräsident Gömbös und hob hervor, daß er mit den vom Chef der italienischen Regierung dargelegten Ideen einverstanden sei. Er erwähnte, daß Außenminister Kánya hierzu einen Vorschlag ausgearbeitet habe, der im Prinzip der italienischen Proposition völlig entspreche und nur in stilistischer Hinsicht davon abweiche. Gömbös führte danach aus, das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Schuschnigg und Berger-Waldenegg am 13. und 14. des laufenden Monats sei folgendes gewesen:

1. Eine politische Annäherung an die Kleine Entente sei zur Zeit nicht wünschenswert, und sofern sich von Seiten letzterer ein diesbezüglicher Vorschlag ergeben sollte, so wäre Ungarn nur nach Erfüllung der bekannten Voraussetzungen bereit, sich anzuschließen (Gleichberechtigung, Minderheiten, Propagandamöglichkeiten).

2. Auf wirtschaftlichem Gebiet gebe es zunächst keine andere Möglichkeit als den Abschluß bilateraler Verträge, einzeln mit jedem Staat der Kleinen Entente.

Gömbös führte weiter aus, Ungarn habe von Frankreich nichts zu erwarten, denn das unterstütze auf jedem Gebiet hundertprozentig die Forderungen der Kleinen Entente, die sich in erster Linie auf die Beibehaltung des Status quo beziehen. Deshalb müsse man seiner Ansicht nach die Ausweitung des Römischen Blockes eher in Richtung Deutschland und eventuell Polen ins Auge fassen. Gegen die Schaffung der von Mussolini angeregten Zollunion hätte Ungarn keinerlei Einwände.

Der österreichische Kanzler Schuschnigg legte dar, der Römische Pakt habe bisher in der Tat schöne Ergebnisse aufzuweisen, und daher seien gegen seine Ausweitung keine Einwände zu erheben. Was die Annäherung an die Kleine Entente betreffe, so bestehe, wie Gömbös bereits hervorgehoben habe, zwischen Budapest und Wien volle Übereinstimmung. Ein Unterschied zwischen dem ungarischen und dem österreichischen Standpunkt besteht nur insofern, daß 1. Österreich nicht nach Revision strebe und 2. die Beziehungen zu Berlin noch sehr gespannt seien.

Ein bilaterales Übereinkommen Wien—Berlin halte Schuschnigg nicht für möglich, weil er es für ausgeschlossen halte, daß Österreich allein auf seine eigene Kraft

gestützt mit Deutschland zu einer befriedigenden Abmachung kommen könnte. Österreich werde nie eine deutschfeindliche Außenpolitik führen und an eventuellen Sanktionen gegen Deutschland im Zusammenhang mit der Besetzung des Rheinlandes werde es sich nicht beteiligen. Das habe er der deutschen Regierung über den Wiener Gesandten Papen auch zur Kenntnis gegeben. Eine deutsche Einmischung in die österreichische Innenpolitik aber lehne er unter allen Umständen ab. Direkte deutsch-österreichische Verhandlungen halte er schon deshalb für aussichtslos, weil die Berliner Regierung in letzter Zeit eine außergewöhnlich unfreundliche Haltung an den Tag gelegt habe. So habe zum Beispiel Berlin auf die Verhaftung eines österreichischen Journalisten (der bei der deutschen Gesandtschaft den Pressedienst versah und aus Deutschland eingetroffenes Geld unter die österreichischen Nazis verteilte) damit geantwortet, daß es die laufenden Wirtschaftsverhandlungen zur Kontingentfestsetzung abgebrochen habe. Die deutsch-österreichische Aussöhnung könne sich nach Schuschniggs Ansicht also nur dann eines Erfolges schmeicheln, wenn sie auf multilateralen Verträgen basiere.

Danach führte Schuschnigg aus, die Gegensätze zur Tschechoslowakei würden durch den vor kurzem abgeschlossenen Handelsvertrag abnehmen. Die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen hingegen zeigten zur Zeit eine gewisse Spannung, vor allem deshalb, weil von Jugoslawien her unter der slowenischen Bevölkerung von Südkärnten die Irredenta-Bewegung geschürt werde, weiterhin deshalb, weil die in Jugoslawien lebenden österreichischen Nazis von der Belgrader Regierung eine starke Unterstützung erhielten. Trotz alledem sei die österreichische Regierung zur Annäherung an Jugoslawien bereit, schon deshalb, weil Österreich, solange die österreichisch-deutsche Frage nicht befriedigend gelöst sei, danach trachten müsse, daß sowohl mit der Tschechoslowakei als auch mit Jugoslawien (Rumänien sei weniger wichtig) weiterhin die Möglichkeit zu freundschaftlichen Gesprächen bestehe.

Danach ergriff Außenminister Kánya das Wort und legte kurz dar, auch er sehe die Möglichkeit gegeben, den Römischen Pakt zu vertiefen, schlage aber nicht das im italienischen Plan (Beilage)²⁰ gebrauchte Wort Entente vor, das zu unerwünschten Interpretationen Anlaß bieten könnte. Danach verlas Kánya den unter B) beigefügten ungarischen Protokoll-Entwurf, dem Mussolini sofort beipflichtete. Die österreichischen Minister erklärten, sie wünschten den dritten Punkt der vertraulichen Schlußformel des Protokolls noch eingehender zu studieren, hätten im übrigen gegen den Entwurf keinerlei Einwände. Baron Berger-Waldenegg erklärte in diesem Zusammenhang, der erwähnte Punkt könnte für die Österreicher leichter annehmbar gemacht werden, wenn darin neben Deutschland und Polen auch Jugoslawien erwähnt und ein Passus über Österreichs Unabhängigkeit und Integrität aufgenommen werden würde.

FORTSETZUNG AM 22. MÄRZ 1936 IM PALAZZO VENEZIA

Schuschnigg führte in einer längeren Rede aus, Österreich habe sich bisher 1. jedes Abschlusses geheimer Abkommen enthalten und wünsche von dieser Praxis auch im gegenwärtigen Falle nicht abzugehen, um so weniger, als es dem Ausland gegenüber dieses Prinzip nachdrücklich betont habe. 2. Er halte Punkt I und II des vertraulichen Teiles im ungarischen Plan für vollkommen überflüssig und sehe in ihnen den Ausdruck des ungarischen Mißtrauens gegenüber Österreich. In außergewöhnlich gereiztem Tone legte er dar, die österreichische Regierung habe

an den in diesen beiden Punkten festgelegten Prinzipien immer festgehalten und werde daran auch in Zukunft festhalten, ihre besondere Hervorhebung in einem amtlichen Dokument halte er für völlig überflüssig.

Im weiteren Verlauf der Diskussion machte Schuschnigg in einer ruhigeren Form den Vorschlag, die gesamten Prinzipien im vertraulichen Teil des Planes der ungarischen Regierung nicht in einem vertraulichen Protokoll, sondern in einem sogenannten Gedächtnis-Protokoll niederzulegen.

Mussolini schlug die Veröffentlichung des gesamten Protokolls, einschließlich des vertraulichen Teiles, vor und gab seiner Ansicht Ausdruck, er sähe keinerlei Gefahr darin, wenn die Welt wisse, daß wir bei der Ausweitung des Römischen Paktes in erster Linie an Deutschland und Polen dächten.

Gömbös und Kánya erklärten, sie wünschten nicht, der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und seien bereit, den Vorschlag über das Gedächtnis-Protokoll anzunehmen. Nach längerer Diskussion schlug Schuschnigg selbst vor, das gesamte Protokoll zu veröffentlichen mit Ausnahme des letzten Satzes des dritten Punktes im vertraulichen Teil (Devraient être . . .).

Nachdem Gömbös und Kánya zugestimmt hatten, gingen die drei Außenminister in den Palazzo Chigi, wo sie sich in Anwesenheit von Aloisi auf den unter C) beigefügten Text einigten. Eine Einigung erfolgte auch darin, daß die Unterzeichnung am nächsten Tag, dem 23. März um 6 Uhr im Palazzo Venezia erfolgen sollte.

FORTSETZUNG AM 23. MÄRZ 1936 IM PALAZZO VENEZIA

Unmittelbar vor der Unterzeichnung bat Schuschnigg erneut ums Wort und legte zu nicht geringem Erstaunen der italienischen und ungarischen Minister in einer längeren Rede erneut seine Bedenken zum dritten Abschnitt des zweiten Protokolls dar. Er sprach ausführlich über die österreichische öffentliche Meinung, die er unbedingt in Betracht ziehen müsse, über Österreichs Zwangslage und kam schließlich zu dem Schluß, den fraglichen Teil entweder ganz auszulassen oder aber anstelle von »die mitteleuropäischen Großmächte« die Formulierung »die in Mitteleuropa in erster Linie interessierten Mächte« zu setzen.

Mussolini schlug danach geradezu vor, die Bezeichnung »mitteleuropäische Mächte« zu gebrauchen, was die österreichischen Minister mit großer Freude und Befriedigung annahmen.

Außenminister Kánya erklärte, das würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß wir die politische und wirtschaftliche Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente wünschten. Das stünde derart im Gegensatz zu unseren Vorstellungen, daß er diesen Vorschlag seinerseits unter keinen Umständen annehmen würde. Kánya schlug vor, unter diesen Umständen diesen ganzen Teil aus dem Protokoll auszulassen. Nach der Zustimmung der Italiener und Österreicher zu diesem Vorschlag entstand dann der unter D) beigefügte endgültige Text des Protokolls.

Da auf diese Weise das bereits gedruckte, den am Vortage vereinbarten Text enthaltende Protokoll von neuem gedruckt werden mußte, wurden die Protokolle nur

parafiert und die endgültige Unterzeichnung durch Zirkularnote auf den nächsten Tag verschoben.